



Niederschrift

9. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.03.2009
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 22:00 Uhr
Ort, Raum: Hamburger Straße 30, Bad Segeberg, Kreistagssitzungssaal

Anwesende:

Herr Zylka, Winfried Kreispräsident

Herr Säker, Peter 1. stv. Kreispräsident

Frau Jahn, Rosemarie 2. stv. Kreispräsidentin

Herr Berg, Arne-Michael

Herr Brauer, Sven-Hilmer

Frau Brocks, Simone

Herr Bülow, René

Herr Buthmann, Jörg

Herr Dieck, Claus Peter

Herr Dingeldein, Gottlieb

Frau Glage, Annette

Herr Gloger, Peter

Frau Grote, Doris

Frau Hahn-Fricke, Angelika

Frau Hauschildt, Helga

Herr Jordt, Michael

ab 17:25 Uhr (TOP 7)

Herr Miermeister, Joachim

Herr Mohr, Wilfried

Herr Scheiwe, Hans-Jürgen

Herr Dr. Schuckart, Manfred

ab 17:55 Uhr (TOP 7)

Herr Schulz, Dietmar

Herr Völker, Carsten Ulrich

Frau von der Mühlen, Dagmar

Herr Wengler, Wilfried

ab 18:50 Uhr (TOP 17)

Herr Wild, Hans-Joachim

Herr Wulf, Henning

Frau Alenhöner, Jutta

Frau Brüggemann, Diane

Herr Bruß, Volker
Herr Busch, Gerd-Rainer
Herr Ehlers, Marc-André
Herr Köpke, Tobias
Herr Krause, Klaus-Jürgen
Frau Lange, Ulla
Frau Marcussen, Rita
Frau Olef, Ingrid
Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen
Herr Wagner, Alexander
Herr Wilken, Arnold
Frau Würfel, Lore
Herr Behm, Joachim
Herr Eberhard, Klaus-Peter
Frau Loedige, Katharina
Herr Dr. Muschke, Manfred
Herr Schnabel, Wolfgang
Herr Schroeder, Klaus-Peter
Herr Curdt, Dietmar
Herr Gutenschwager, Arne
Herr Hansen, Arne
Frau Sager, Karin
Herr Schulz, Raimund
Herr Stoltenberg, Peter
Herr Trapp, Jörg
Herr Kittler, Heinz-Michael
Herr Lübbers, Hermann
Herr Murawski, Volker
Herr Petersen, Helge
Herr Dose, Joachim
Frau Landrätin Hartwieg
Frau Haß FBL Zentrale Steuerung
Herr Dr. Hoffmann FBL Jugend, Familie, Soziales, Kultur
Herr Knoche FBL Umwelt, Planen, Bauen
Herr Schröder FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr
Herr Dr. Warlies FBL Gesundheit für Mensch und Tier
Herr Wulf Vorstand GMSE
Herr Bügling FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Frau Maletz-Diestelkamp Gleichstellungsbeauftragte
Frau McGregor FDL Ressourcen Management/Finanzen
Herr Eickstädt Protokollführer

ab 17:25 Uhr (TOP 7)

bis 20:15 Uhr (TOP 17)

bis 21:50 Uhr (TOP 21)

Abwesende:

Frau Albert, Bettina
Frau Algier, Ute
Frau Rathje-Hoffmann, Katja

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Herr Beeth, Rudolf G.	entschuldigt
Frau Lessing, Edda	entschuldigt
Herr Böttcher, Renee	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 3 Bürgerrolle des Kreises Segeberg 2009
- 4 Änderung der Kreisverordnung über Beförderungsentgelte für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Kreis Segeberg
 - 4.1 Tarifierhöhung für Gelegenheitsverkehr mit Taxen
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2009/025
 - 4.2 Änderung der Kreisverordnung über Beförderungsentgelte für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Kreis Segeberg vom 04.01.1973, zuletzt geändert am 15.07.2006
Vorlage: DrS/2008/074-1-1
- 5 Satzung des Kreises Segeberg über die Bildung eines Kreissenioresenbeirates
Vorlage: DrS/2008/086
- 6 Bestimmung eines Gremiums zum Beschluss der Prioritätenliste und Grundsätze zur Aufstellung dieser Liste für die Förderung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz und anderen Bestimmungen der Schulbauförderung
Vorlage: DrS/2009/031
- 7 Aufhebung des Beschlusses des Kreistages über die Umwandlung der Produktgruppe 8 in einen Eigenbetrieb und eine Anstalt öffentlichen Rechts und Wiedereingliederung der Liegenschaftsverwaltung
Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2009/028
- 8 Erstellung eines Breitbandkonzeptes für schnelle Datenverbindungen im Kreis Segeberg - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: DrS/2009/018
- 9 Erlebniswelten im Kreis Segeberg - Antrag B90/Die Grünen
Vorlage: DrS/2009/016
- 10 Stromwechsel - Bezug von s.g. Ökostrom - Antrag B90/Die Grünen
Vorlage: DrS/2009/017
- 11 Rekommunalisierung der Rettungsdienste
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2009/024

- 12 Resolution zugunsten einer dauerhaften und ganztägigen Durchfahrt der AKN Linie A1 über Eidelstedt hinaus zum Hauptbahnhof Hamburg
Gemeinsamer Antrag der SPD, B90/Die Grünen und der unabhängigen Kreistagsabgeordneten
Vorlage: DrS/2009/029
- 13 Bestellung eines Prüfers
Vorlage: DrS/2009/005
- 14 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 17.07.2008, 01.09.2008, 11.12.2008 und 29.01.2009
- 15 Aktuelle Fragezeit
- 16 Einwohnerfragestunde II
- 17 Zukunft der Jugendbildungsstätte Mühle, evtl. Erwerb der ehemaligen Ev. Akademie
- 17.1 Zukunft der Jugendbildungsstätte Mühle, evtl. Erwerb der ehemaligen Ev. Akademie
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2009/026
- 17.2 Zukunft des Vereins für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. und damit verbundener Wechsel der Immobilie An der Trave 1-3 / Marienstr. 31
Vorlage: DrS/2009/023
- 17.3 Änderung der Vereinssatzung des VJKA
Antrag der Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2009/032
- 18 Jürgen-Fuhlendorf-Schule Bad Bramstedt: Vermögensauseinandersetzung im Rahmen des Schulträgerwechsels
Vorlage: DrS/2009/034
- 19 Befristete Abberufung einer Prüferin des RPA / GPA
Vorlage: DrS/2009/021
- 20 Übertragung der Aufgabe "Stilllegung von Kraftfahrzeugen und Anhängern wegen Nichteinhaltung von Halterpflichten"
Vorlage: DrS/2009/030
- 21 Beteiligung des Kreises am Sozialhaus in Bad Segeberg

Protokoll:

Der Kreispräsident eröffnet die 9. Sitzung des Kreistages. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zum Protokollführer bestellt er Herrn Eickstädt. Danach begrüßt er die anwesenden Gäste, insbesondere die zu ehrenden Personen, die in die Bürgerrolle 2009 aufgenommen werden sollen. Weiterhin weist er auf mehrere Tischvorlagen hin, die bereits auf die Tische verteilt seien. Anschließend gratuliert er Herrn Miermeister und Herrn Bülow nachträglich zu deren Geburtstag. Aus dem Landkreistag berichtet er über die dort beherrschenden Themen, welches zum einen die Änderung der Kreisordnung und zum das Konjunkturpaketes II seien.

Der Kreispräsident bittet um folgende Änderungen bei der Tagesordnung:

- Die Tagesordnung möge um den Punkt 20 - Übertragung der Aufgabe "Stilllegung von Kraftfahrzeugen und Anhängern wegen Nichteinhaltung von Halterpflichten" erweitert werden. Dieser soll nach TOP 5 beraten werden.
- Ebenso möge ein zusätzlicher TOP 21 - Beteiligung des Kreises am Sozialhaus in Bad Segeberg aufgenommen werden. Die FDP-Fraktion widerspricht dieser Erweiterung und bittet um Abstimmung darüber, ob dieser Punkt aufgenommen werden soll. Der Kreispräsident stellt dieses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 41 Ablehnung: 7 Enthaltung: 1

- Der TOP 21 wird nach TOP 18 behandelt.
- Der TOP 6 möge erweitert werden und in „Bestimmung eines Gremiums zum Beschluss der Prioritätenliste und Grundsätze zur Aufstellung dieser Liste für die Förderung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz und anderen Bestimmungen der Schulbauförderung“ umbenannt werden.
- Die TOPs 8, 9 und 10 mögen abgesetzt werden und erneut im Fachausschuss beraten werden.
- Abschließend verständigt sich der Kreistag darauf die Punkte 17, 18 und 19 öffentlich zu behandeln, mit der Einschränkung, dass falls die Diskussion die Nichtöffentlichkeit erforderlich mache, diese kurzzeitig hergestellt werde.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen festgestellt.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Umsetzungen Fraktion Die LINKE

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
JHA	Ottmar Radtke	-	Zusätzliches stellv. bürgl. Mitglied
SozA	Ottmar Radtke für	<i>Meike Lüdemann</i>	Stellv. Mitglied
BKS	Hermann Lübbers für	<i>Harald Köll</i>	Stellv. Mitglied
BKS	Heinz Pohlenz für	<i>Hans-Werner Machemehl</i>	Stellv. Mitglied
ÖPNV-Beirat	Ottmar Radtke	-	Zusätzliches stellv. bürgl. Mitglied

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 52 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3 Bürgerrolle des Kreises Segeberg 2009

Die für die Aufnahme in die Bürgerrolle Nominierten werden vom Kreistag geehrt. Der Kreispräsident stellt die diesjährigen vier Preisträger vor: Frau Anja Fürstenberg, Frau Cornelia Suhr, Frau Silke Brachmeyer und Herr Dieter Schmidt.

In einer kurzen Rede weist der Kreispräsident auf die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit in unserer Gesellschaft hin. Er erläutert die 2004 eingerichtete Bürgerrolle des Kreises Segeberg und geht auf die Kriterien zur Aufnahme in diese ein. Nach den vom Kreistag beschlossenen Richtlinien entscheidet eine Vergabekommission einmal jährlich über die Aufnahme in die Bürgerrolle. Die Vergabekommission besteht aus je einem Vertreter der im Kreistag vertretenen Fraktionen und aus den Geehrten des Vorjahres.

Anschließend bittet der Kreispräsident die zu ehrenden zu sich und würdigt ihre Verdienste um das Gemeinwohl. Danach überreicht er unter dem Beifall aller Anwesenden die Urkunden und die Ehrennadeln. Die Geehrten richten anschließend einige Dankesworte an den Kreistag.

zu 4 Änderung der Kreisverordnung über Beförderungsentgelte für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Kreis Segeberg

zu 4.1 Tarifierhöhung für Gelegenheitsverkehr mit Taxen Antrag Fraktion Die LINKE Vorlage: DrS/2009/025

Der Kreistag verständigt sich darauf die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 gemeinsam zu beraten.

Herr Kittler (Die LINKE) kritisiert zunächst, dass die Vorlage DrS/2008/074-1-1 in einem wesentlichen Punkt nicht mehr aktuell sei. Denn in der Vorlage sei ausgeführt, dass die Preise für Diesel und Benzin um 12 % gestiegen seien. Tatsächlich seien die Preise jedoch um 50 Cent je Liter gesunken. Weiter führt er aus, dass seine Fraktion sich verantwortlich dafür fühle, dass eine Kostendeckung für die Betriebe gewährleistet sei, gleichzeitig fühle man sich jedoch auch gegenüber den Beschäftigten und den Fahrgästen verantwortlich. Er kritisiert, dass man durch eine Erhöhung Unmut unter den Fahrgästen erzeugen würde, da diese zukünftig höhere Beförderungsentgelte zahlen sollen, sowie auch bei den 17 Betrieben, die eine Erhöhung ablehnen würden, da diese Umsatzeinbußen befürchten würden. Abschließend bittet er um Zustimmung zu dem Antrag seiner Fraktion.

Frau Jahn (FDP) berichtet dem Kreistag von den intensiven Beratungen des OVG Ausschusses. Am Antrag der Fraktion Die LINKE kritisiert sie, dass dieser einen Eingriff in die Tarifautonomie darstelle. Dieses sei nicht Aufgabe des Kreistages. Weiterhin gebe es keine gesetzliche Regelung zur Erhebung einer geforderten Konventionalstrafe. Sie bittet daher darum der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Abschließend regt sie an, dass sich alle Abgeordnete in ihren jeweiligen Bundestagsfraktionen dafür stark machen, dass das Personenbeförderungsgesetz geändert werde und dieses „Verordnungsfossil“ abgeschafft werde.

Herr Mohr (CDU) bittet Frau Jahn um Stellungnahme, inwieweit sich die Fraktion Die LINKE in die Beratungen im OVG Ausschuss eingebracht habe. Denn wenn diese sich dort nicht eingebracht habe sei dieser Antrag reiner Aktionismus und man solle zur Tagesordnung übergehen.

Herr Hansen (B90/Die Grünen) erklärt, dass er der Vorlage und auch dem Antrag der Fraktion Die LINKE nicht zustimmen werde. Er kritisiert, dass die Verwaltungsvorlage nicht zeitgemäß sei. Daneben führt er aus, dass die Vorlage ökologisch unsensibel sei, da sie als ein Argument zur Erhöhung der Beförderungsentgelte anführe, dass die Kfz-Steuer für Dieselfahrzeuge ohne Dieselpartikelfilter erhöht worden sei. Gleichwohl stimme er Frau Jahn in Bezug auf dieses „Verordnungsfossil“ zu.

Anschließend stellt der Kreispräsident den Antrag der Fraktion Die LINKE zu Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Die Beförderungsentgelte für Taxen werden um 6 % erhöht, wenn alle Unternehmen folgende Erklärungen schriftlich abgeben:

1. dass der Mindestlohn der Beschäftigten je Std. € 8,70 plus Umsatzbeteiligung von 35% beträgt,
2. dass Sie für jeden Einzelfall nachgewiesener Schwarzarbeit unabhängig von den normalen Konsequenzen der Kreiskasse eine Konventionalstrafe von € 10.000 zahlen,
3. dass sie die Fahrzeuge einem Qualitätscheck unterwerfen, wie er z.B. beim Hamburger Flughafen obligatorisch ist.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 4 Ablehnung: 51 Enthaltung: -

zu 4.2 Änderung der Kreisverordnung über Beförderungsentgelte für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Kreis Segeberg vom 04.01.1973, zuletzt geändert am 15.07.2006 Vorlage: DrS/2008/074-1-1

Die Beratung erfolgte mit Tagesordnungspunkt 4.1 zusammen.

Beschlussvorschlag:

Die vorgelegte Verordnung zur Änderung der Kreisverordnung über Beförderungsentgelte für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Kreis Segeberg wird befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 43 Ablehnung: 8 Enthaltung: 4

zu 5 Satzung des Kreises Segeberg über die Bildung eines Kreissenorenbeirates Vorlage: DrS/2008/086

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung des Kreises Segeberg über die Bildung eines Kreissenorenbeirates mit der Ergänzung von § 3 Abs. 3 um den Zusatz „auf Grundlage von § 42 b KrO“ und der Änderung in § 6 Abs. 1 „Wahl“ durch „Bestätigung“ zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 52 Ablehnung: - Enthaltung: 3

zu 6 Bestimmung eines Gremiums zum Beschluss der Prioritätenliste und Grundsätze zur Aufstellung dieser Liste für die Förderung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz und anderen Bestimmungen der Schulbauförderung Vorlage: DrS/2009/031

Der Kreispräsident erläutert zu Beginn die Sachlage und schlägt vor, den Hauptausschuss als Gremium zum Beschluss der Prioritätenlisten zu bestimmen. Dieser werde zu seiner Sitzung am 23.04.09 die Prioritätenlisten vorgelegt bekommen und könne diese unter Einbeziehung der Fachausschussvorsitzenden beraten.

Herr Wilken (SPD) erklärt, dass man für die kreiseigenen Maßnahmen, die man mit der Prioritätenliste beschließen wolle, auch die nötigen Haushaltsmittel bereitstellen müsse. Daher sehe er

den Kreistag als zuständiges Gremium an.

Herr Wulf (CDU) betont, dass man durch den Beschluss der Prioritätenliste noch keine Fakten schaffe. Die nötigen Haushaltsmittel müsse man erst nach der Genehmigung durch das Land bereitstellen. Daher sei die Verweisung an den Hauptausschuss die richtige Lösung. Erst im Juni müsse man über einen Nachtgeshaushalt nachdenken.

Herr Wilken (SPD) erwidert darauf, dass man umgehend, wenn die endgültige Richtlinie vorliege, prüfen werde, ob Maßnahmen ohne die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel im Vorwege überhaupt Aussicht auf Erfolg haben werden.

Die Landrätin weist im Anschluss auf die Genehmigung des Haushaltes durch das Innenministerium hin. Die allgemeinen Finanzierungsmittel hätten sich im Vergleich zum Beschluss des Haushaltes im Dezember um 810.000 Euro verschlechtert und der Überschuss im Ergebnisplan sei somit von rd. 1,5 Mio. Euro auf 720.000 Euro reduziert worden. Des Weiteren reduziere sich der Überschuss durch die Übertragung des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes für die Beschäftigten der Länder auf die Beamten um rd. 60.000 Euro auf 660.000 Euro. Daneben habe man eine Fehlbetragszuweisung von 300.000 Euro veranschlagt. Diese sei jedoch nach Ansicht des Innenministeriums nicht veranschlagungsreif, so dass sich der Überschuss um weitere 300.000 Euro reduziere. Weiterhin habe das Innenministerium darauf hingewiesen, dass man Mittel für die Fehlbetragszuweisungen an Gemeinden einplanen müsse. Die Mittel dafür würden nach Absprache mit der Kommunalaufsicht maximal 80.000 Euro betragen. Damit reduziere sich der Überschuss auf 280.000 Euro. Durch die Kürzung der Kredite auf Null Euro reduziere sich der geplante Zinsaufwand um 170.000 Euro. Damit ergebe sich ein Überschuss von 450.000 Euro. Im nächsten Quartalsbericht werde man prüfen, ob man die notwendigen Mittel für Investitionen aus dem Konjunkturpaket II aufbringen könne. Man müsse dann entscheiden, ob man einen Nachtragshaushalt beschließe, oder die Kassenkredite für Investitionen heranziehe. Anschließend erläutert sie einige Eckpunkte des Konjunkturpaketes II. Für den Kreis Segeberg stehe die Gesamtsumme von rd. 26 Mio. Euro zur Verfügung und erläutert den geplanten Verteilungsschlüssel. Sie kritisiert, dass es noch immer keine belastbare Richtlinie gebe. Sie verweist daneben auch auf andere Prioritätenlisten, wie die zur klassischen Schulbauförderung. Abschließend führt sie aus, dass man die Frage der Kofinanzierung im Juni klären müsse.

Der Kreistag verständigt sich in der weiteren Diskussion darauf, am 18.06.09 eine Sondersitzung des Kreistages anzusetzen, um die notwendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Anschließend stellt der Kreispräsident die Bestimmung des Hauptausschusses als Gremium zum Beschluss der Prioritätenliste und den ersten Absatz des Beschlussvorschlages der Vorlage DrS/2009/031 zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bestimmt den Hauptausschuss, der sich von den Vorsitzenden der Fachausschüsse beraten lässt, als das Gremium zur Aufstellung der Prioritätenliste für die Förderung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz und anderen Bestimmungen der Schulbauförderung. Der Kreistag tritt am 18.06.2009 zu einer Sondersitzung zusammen in der er die finanziellen Konsequenzen der Aufnahme in das Landesprogramm beraten wird. Der Hauptausschuss wird verlegt auf den 16.06.2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 44 Ablehnung: - Enthaltung: 11

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Die Verteilung der Mittel für die Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur erfolgt auf Basis der Schülerzahlen und der Zahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen (3 bis

14 Jahre). Weitere Verteilungskriterien sind Planreife, Schnelligkeit der Umsetzung, Zukunftsfähigkeit und Finanzschwäche.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 55 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 7 Aufhebung des Beschlusses des Kreistages über die Umwandlung der Produktgruppe
8 in einen Eigenbetrieb und eine Anstalt öffentlichen Rechts und Wiedereingliederung der Liegenschaftsverwaltung
Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2009/028**

Herr Köpke (SPD) erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Die Fraktion fordere die Wiedereingliederung des Gebäudemanagements und der Immobilienverwaltung des Kreises. Dieses sei für den Kreis finanziell günstiger. Dabei verweist er auf den Erlass der Innenministers, der dieses bereits in den Erlassen vom 10.10.07 und 02.05.08 empfohlen habe und auch im Erlass vom 12.03.09 habe der Innenminister erneut darauf hingewiesen, dass die Auflösung des Eigenbetriebes zu prüfen sei. Durch die Ausgliederung habe man sich mehr Transparenz gewünscht, dieses sei jedoch durch die Einführung der Doppik überflüssig geworden. Die Aufstellung des Haushaltes werde durch die Ausgliederung deutlich unübersichtlicher, da die Aufstellung des Jahresabschluss sich nicht mit dem Zeitfenster zur Haushaltsaufstellung decke. Dadurch sei es für die Selbstverwaltung kaum mehr möglich einen realistischen Haushalt aufzustellen. Daneben würden durch die Aufstellung von zusätzlichen Jahresabschlüssen und Eröffnungsbilanzen unnötige Kosten entstehen. Er betont deutlich, dass es bei dem Antrag der SPD-Fraktion nicht um die Person des Werkleiters gehe. Abschließend bittet er um Zustimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Wulf (CDU) geht in seinem Redebeitrag zunächst auf die Historie ein. Durch die große Schuldenlast sei man gezwungen gewesen sich nach neuen Wegen umzuschauen, um die Finanzentwicklung besser gestalten zu können. Er verweist dabei auch auf das Land, welches ebenfalls ein Gebäudemanagement eingerichtet habe. Er betont, dass die Immobilienverwaltung keine klassische Verwaltungsaufgabe sei. Anschließend erläutert er die weiteren Empfehlungen aus dem Gutachten der Firma w.econ. Ziel all dieser Anstrengungen sei stets die Kostenersparnis gewesen. Um diese zu erreichen sei jedoch ein langer Atem erforderlich. Bisher sei es durch die Umwandlung gelungen, eine kostendeckende Miete und den konkreten Raumbedarf zu ermitteln, sowie mehr Transparenz für die Haushaltsberatungen zu erzielen. Er erklärt aber auch, dass es noch Anpassungsprobleme gebe. Auch gebe es noch Probleme mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz. Ein massives Problem sei jedoch, dass die Zukunft dieses Bereiches immer wieder durch die SPD in Frage gestellt werde. Abschließend bittet er darum den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

Frau Loedige (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion noch immer ein ÖPP-Modell (Öffentlich-Private Partnerschaft) favorisiere. Dabei verweist sie auf das Gutachten der Firma w.econ, welches dieses ebenfalls empfohlen habe. So könne die Ausgliederung in eine AöR und einen Eigenbetrieb nur der erste Schritt in die richtige Richtung gewesen sein. Sie kritisiert, dass AöR und Eigenbetrieb noch immer zu sehr in den bürokratischen Strukturen einer Verwaltung eingebunden seien. Daher müssen nun die weiteren Schritte folgen. Die FDP-Fraktion erwarte von dem neuen Werkleiter Herrn Wulf Anstöße in diese Richtung. Sie führt aus, dass die unterschiedlichen Zeitpunkte zwischen Haushaltsaufstellung des Kreises und dem Jahresabschluss der ausgegliederten Bereiche kein Grund für eine Rückabwicklung sein können. Abschließend kritisiert sie, dass die SPD sich der Modernisierung der Kreisverwaltung verweigere.

Herr Lübbers (Die LINKE) erläutert, dass es in diesem Fall um viel mehr gehe, als die Wiedereingliederung des Gebäudemanagements. Die Ausgliederung sei der erste Schritt in Richtung einer Privatisierung öffentlichen Eigentums gewesen. Es gebe eine Reihe ähnlicher Beispiele.

Kernaussage sei jeweils gewesen, dass ein privater Anbieter die Aufgabe besser wahrnehmen könne. Anschließend verweist er auf ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern, wo ein privates Gefängnis betrieben werde. Fazit dieser Einrichtung sei, dass der Staat zahle und der private Anbieter Gewinne mache. Dieses könne nicht der richtige Weg sein. Daher werde die Fraktion Die LINKE dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Herr R. Schulz (B90/Die Grünen) erklärt, dass die bisher seitens seiner Fraktion vorgetragenen Bedenken ignoriert worden seien und alle Befürchtungen eingetreten seien. Er verweist auf das ÖPP-Modell aus dem Kreis Offenbach, welches man sich damals angeschaut habe. Der Kreis Offenbach habe sich auf ein riskantes Modell eingelassen, so würden sich über die Laufzeit des Projektes von 15 Jahren Kosten in Höhe von 853 Mio. Euro ergeben. Daneben gebe es einen Interessenskonflikt zwischen der öffentlichen Hand und der durchführenden Unternehmen. Aktuell gebe es einen Trend zur Rekommunalisierung von ÖPP-Modellen. Beim Kreis Segeberg habe man bisher wenig erreicht. Lange Zeit habe man nach einem Geschäftsführer gesucht und mit den Haushalten der GMSE und ISE habe man zwei Schattenhaushalte geschaffen. Weiterhin habe man neben den Gebäuden auch die Hypotheken übertragen, die eine erhebliche Belastung darstellen und zu hohen Mieten geführt hätten. Abschließend erklärt er, dass die Fraktion B90/Die Grünen dem SPD-Antrag zustimmen werde.

Herr Wilken (SPD) berichtet von dem Besuch beim Kreis Offenbach. Dort habe er bewusst auch mit den Mitarbeitern gesprochen. Diese hätten von völlig anderen Ergebnissen berichtet als die Damen und Herren, die den Vertretern des Kreises Segeberg das Projekt dort vorgestellt haben. Daneben sei der Kreis Offenbach überhaupt nicht vergleichbar mit dem Kreis Segeberg in Bezug auf die Anzahl der Immobilien. Die SPD sei von Anfang an gegen die Ausgliederung gewesen. Weiterhin betont er, wie Herr R. Schulz, dass es bei einem ÖPP-Modell in erster Linie dem privaten Partner darum gehen würde Geld zu verdienen. Außerdem habe er festgestellt, dass es unter den Mitarbeitern der GMSE keine Motivation gebe, überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen und in den Bereichen, in denen die GMSE tätig sei, werde zusätzlicher Bürokratismus geschaffen. Abschließend verweist er auf den Haushaltserlass des Innenministers, der zu dem Ergebnis gekommen sei, dass der Kreis Segeberg nicht mehr kreditwürdig sei. Sollte der Antrag heute keine Mehrheit finden, werde seine Fraktion ihn zu gegebener Zeit erneut stellen.

Herr Säker (SPD) betont, dass er sich, so lange es die GMSE gebe, für diese einsetzen werde. Auch wenn er die Gründung als einen Fehler betrachte. Er erklärt, dass man mehr Transparenz brauche. Mit der Ausgliederung habe man sich jedoch drei Haushalte geschaffen. Daneben weist er daraufhin, dass die GMSE nur für Dienstleistungen zuständig sei und somit der gemeinsame Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen falsch sei. Abschließend spricht er sich dafür aus, die Entscheidung zurückzunehmen und die Bereiche wieder einzugliedern.

Herr Schnabel (FDP) führt aus, dass hier zwei Philosophien aufeinander treffen würden. Beispiele für das Scheitern würde es für beide Modelle geben. Insgesamt gebe es Bereiche, in denen der Staat den Vorrang haben müsse, jedoch würden private Anbieter 95 % der Aufgaben genauso gut und zumeist günstiger wahrnehmen können. Abschließend liest er ein Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vor.

Die Landrätin erklärt, dass sie das Thema leidenschaftslos sehe. Zum Personal führt sie aus, dass sie exzellente Erfahrungen mit dem Personal gemacht habe. Daneben sei es gut, dass man mit Herrn Wulf nun einen Geschäftsführer gefunden habe, der den Mitarbeiter eine Orientierung gebe. Der Wunsch der Mitarbeiter sei es, mehr Vertrauen und Freiheit zu bekommen, um ihre fachliche Leidenschaft ausleben zu können.

Herr Dingeldein (CDU) erläutert, dass für die CDU-Fraktion ein Hauptauslöser die Kenntnis über die Verwaltungsabläufe gewesen sei. Diese seien zum großen Teil zu langsam gewesen. Zukünftig brauche man den Wettbewerb und eine Grundvoraussetzung dafür sei die AöR und der Eigenbetrieb. Man befinde sich auf dem richtigen Weg, jedoch könne nicht alles von heute auf

morgen umgesetzt werden. Bisher habe man nur eine Bestandsaufnahme gemacht und auf dieser Grundlage müsse man nun weiterarbeiten.

Anschließend stellt der Kreispräsident den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag hebt den Beschluss des Kreistages vom 05. 07. 2008 über die Umwandlung der Produktgruppe 8 (Zentrale Liegenschaftsverwaltung) in einen Eigenbetrieb und eine Anstalt öffentlichen Rechts auf, die ausgelagerte Liegenschaftsverwaltung ist zurückzuholen und als Fachdienst: Zentrale Liegenschaftsverwaltung weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 31 Enthaltung:

zu 8 Erstellung eines Breitbandkonzeptes für schnelle Datenverbindungen im Kreis Segeberg - Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: DrS/2009/018

TOP abgesetzt.

zu 9 Erlebniswelten im Kreis Segeberg - Antrag B90/Die Grünen Vorlage: DrS/2009/016

TOP abgesetzt.

zu 10 Stromwechsel - Bezug von s.g. Ökostrom - Antrag B90/Die Grünen Vorlage: DrS/2009/017

TOP abgesetzt.

zu 11 Rekommunalisierung der Rettungsdienste Antrag Fraktion Die LINKE Vorlage: DrS/2009/024

Herr Kittler (Die LINKE) verweist zur Begründung des Antrages seiner Fraktion auf die EU-DLR, welche dem Kreis Fristen bezüglich der Vorlaufzeit einer Ausschreibung setze. Die bestehenden Verträge würden zwar bis 2011 laufen, jedoch werde sich die Vergabe von Dienstleistungen grundlegend ändern. Bereits heute wäre mindestens eine bundesweite Ausschreibung nötig. Allein dafür wäre ein Vorlauf von einem Jahr nötig. Es sei davon auszugehen, dass die EU-DLR auch für die Vergabe von Rettungsdienstleistungen gelten werde. Eine Lösung könne sein, die Notfallrettung selbst durchzuführen. Denn dann bräuchte der Kreis keine Ausschreibung durchzuführen. Daher halte die Fraktion Die LINKE es für unerlässlich, dass der Kreis unverzüglich ein Konzept für ein kreiseigenes Rettungswesen erarbeite. Daher bitte er um Zustimmung zu dem Antrag seiner Fraktion.

Herr R. Schulz (B90/Die Grünen) erklärt, dass seine Fraktion es für nötig halte das Rettungsdienstgesetz zu ändern, um so auch das Konzessionsmodell, welches bereits in einigen anderen Ländern betrieben werde, zu ermöglichen. Zum Antrag der Fraktion Die LINKE betont er, dass das DRK, als einer der Durchführer des Rettungsdienstes, eine Fülle von Leistungen anbiete. Diese könne der Kreis nicht anbieten.

Herr Wilken (SPD) beantragt, den Antrag der Fraktion Die LINKE an den OVG Ausschuss zu verweisen und dort zu beraten. Diesem Antrag schließt sich der Antragsteller an.

Anschließend stellt der Kreispräsident den Antrag von Herrn Wilken zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag verweist den Antrag der Fraktion Die LINKE in den OVG Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 18 Ablehnung: 39 Enthaltung: -

zu 12 Resolution zugunsten einer dauerhaften und ganztägigen Durchfahrt der AKN Linie A1 über Eidelstedt hinaus zum Hauptbahnhof Hamburg Gemeinsamer Antrag der SPD, B90/Die Grünen und der unabhängigen Kreis- tagsabgeordneten Vorlage: DrS/2009/029

Herr Dose (Die Unabhängigen) bittet darum den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abzulehnen und die Resolution so zu beschließen, wie sie bereits in Kaltenkirchen, Quickborn und Bad Bramstedt beschlossen worden sei, um einen einheitlichen Text zu haben.

Herr Sass-Olker (SPD) erläutert anschließend den Sinn und das Ziel der Resolution. Sie solle ein politisches Signal sein. Daher bittet er ebenfalls darum den ursprünglichen Text ohne Änderung zu beschließen.

Herr Eberhard (FDP) begründet anschließend den Änderungsantrag seiner Fraktion und betont, dass der Zusatz „stündlich“ wichtig sei. Man solle hier keinen Fehler machen und müsse von Beginn an deutlich formulieren, was man fordere. Außerdem müsse man den Text auch um das Wort „zurück“ ergänzen, denn bisher gehe es nur um die Fahrt zum Hauptbahnhof in Hamburg, nicht aber um die Fahrt zurück. Er bitte darum, die Resolution mit diesen beiden Ergänzungen zu beschließen.

Anschließend stellt der Kreispräsident die Resolution mit den beiden Ergänzungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

Die Entwicklung des Straßenverkehrs erfordert aus ökonomischen und ökologischen Gründen ein nachhaltiges Umdenken zugunsten des ÖPNV. Die in den letzten Jahren in diese Richtung entwickelten Maßnahmen im AKN-Betrieb, wie beispielsweise die zeitweise Durchfahrt der AKN-Züge bis zum Hamburger Hauptbahnhof, führten zu einer hohen Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Zahl der Fahrgäste auf dieser Verbindung hat nach Auskunft der AKN inzwischen einen Zuwachs um 130 % erreicht. Etwa 700.000 zusätzliche Kunden nutzten von Ende 2004 bis Ende 2008 dieses Angebot (pro Jahr also rd. 175.000 zusätzliche Fahrgäste), rd. 40 % dieser Fahrgäste kommen aus Hamburg. Ein Rückbau bzw. eine Rücknahme dieser Maßnahmen würde zu einem nicht zu verantwortenden Rückschritt führen, der weder der Bevölkerung noch den politischen Vertretern in den Umlandgemeinden zu vermitteln wäre.

Für die kommenden 3 Jahre steht die Sanierung des Elbtunnels und danach über viele Jahre der 8-streifige bzw. 6-streifige Ausbau der BAB A7 an. Erhebliche Stau-bildungen auf der A7 sind damit unvermeidbar verbunden. Als Alternative für den Individualverkehr sowie zukunftsweisend für die Berufspendler aus dem nordwest-lichen Teil Hamburgs und aus dem schleswig-holsteinischen Umland kommt nur eine leistungsfähige, attraktive und ganztägige Verbindung ohne Umsteigevorgänge in die Hamburger Innenstadt in Betracht.

Umsteigevorgänge im ÖPNV sind für den Fahrgast mit erheblichen Nachteilen verbunden, wie z.B.: Wartezeiten, drohendem Anschlussverlust, Komforteinbußen durch Sitzplatzverlust und vor allem subjektiver Unsicherheit insbesondere in den Abend-stunden. Nach einschlägigen Markterhebungen sind Umsteigevorgänge das ausschlaggebende Zugangshemmnis in Bezug auf die Nutzung des ÖPNV. Diese Erkenntnis führte in jüngster Zeit zur Realisierung von um-

steigefreien Verbindungen im Hamburger Raum, wie z.B. bei der S-Bahn-Linie nach Stade oder zum Hamburger Flughafen. Die offensichtlichen Vorteile für die Fahrgäste führen sowohl zur Kundenbindung als auch zur Neukundengewinnung. Dies wünschen wir uns dauerhaft auch für die AKN-Linie A1. Die Umwelt wird dadurch entlastet und die klimapolitischen Ziele in Schleswig Holstein und in der grünen Stadt Hamburg werden nachhaltig unterstützt.

Wir, die Unterzeichner dieser Resolution, bitten die Parlamente von Hamburg und Schleswig-Holstein sowie Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen und Sie, sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister von Beust, diesem Wunsche bzw. dieser Forderung der Anrainer-Kommunen an der AKN-Linie zu entsprechen und so bald wie möglich die ganztägige Durchfahrt, mindestens einmal in der Stunde, der AKN-Linie A1 zum Hamburger Hauptbahnhof und zurück zu bestellen. Die Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Region werden es Ihnen danken.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 57 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 13 Bestellung eines Prüfers
Vorlage: DrS/2009/005**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreisamtmann Lars Petersen wird zum Prüfer für das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 57 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 14 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 17.07.2008, 01.09.2008, 11.12.2008 und 29.01.2009

Herr Mohr weist daraufhin, dass er an der Kreistagssitzung am 17.07.2008 teilgenommen habe, da er in der Niederschrift als abwesend geführt sei. Dieses gelte auch für Frau Hauschildt, die an der Sitzung am 17.07.2008 und am 01.09.2008 teilgenommen habe und trotzdem als abwesend aufgelistet sei.

Daneben bittet Herr Säker darum seinen Wortbeitrag in der Niederschrift zu TOP 17 der Kreistagssitzung vom 11.12.2008 wie folgt zu fassen:

„Zur Kreisumlage erklärt er, dass man sich für das Jahr 2009 bereits festgelegt hätte, jedoch müsse man überlegen, welchen Prozentsatz man für 2010 festsetze. Aus Sicht der SPD sei für die zusätzliche Kreisumlage ein Schwellenwert von 110 % angemessen, um eine möglichst breite Bemessungsgrundlage zu haben. Um die zahlungspflichtigen Gemeinden dennoch nicht über Gebühr zu belasten, könne man eher daran denken, den Hebesatz für die zusätzliche Kreisumlage abzusenken. Er regt an dass der Hauptausschuss als Finanzausschuss darüber bereits zu Beginn des Jahres 2009 einmal ohne Zeitdruck beraten möge.“

Mit diesen Änderungen lässt der Kreispräsident zusammen über die vier Niederschriften abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 57 Ablehnung: - Enthaltung: -

Pause von 18:30 Uhr bis 18:50 Uhr.

zu 15 Aktuelle Fragezeit

Anfragen seitens der Abgeordneten liegen nicht vor.

Die Landrätin berichtet über eine aktuelle Meldung zur Sparkasse. So erhalte die Sparkasse Südholstein Mittel aus dem Sicherungsfond des schleswig-holsteinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

zu 16 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 17 Zukunft der Jugendbildungsstätte Mühle, evtl. Erwerb der ehemaligen Ev. Akademie

zu 17.1 Zukunft der Jugendbildungsstätte Mühle, evtl. Erwerb der ehemaligen Ev. Akademie

Antrag Fraktion Die LINKE

Vorlage: DrS/2009/026

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

zu 17.2 Zukunft des Vereins für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. und damit verbundener Wechsel der Immobilie An der Trave 1-3 / Marienstr. 31 Vorlage: DrS/2009/023

Herr Dingeldein (CDU) betont, dass dieses Thema richtungweisend dafür sein werde wie es mit der Jugendarbeit im Kreis Segeberg weitergehen werde. Die Fraktionen von CDU und FDP werden sich dafür einsetzen, die ehemaligen Evangelischen Akademie (EVAK) zu kaufen und die Mühle zu veräußern. Mit dem Kauf der EVAK werde man für die Zukunft der Jugendarbeit eine gute Grundlage schaffen. Der VJKA habe für die zukünftige Arbeit ein Konzept vorgelegt und wenn man zu diesem Konzept stehe, müsse man bereit sein dafür auch etwas zu tun. Dafür gebe es zwei Alternativen, zum einen den Ausbau der Mühle, zum anderen den Erwerb der EVAK. Die Mühle biete jedoch für das Konzept des VJKA keine Zukunft. Der Kauf der EVAK sei die beste Lösung, auch wenn man zur energetischen Sanierung finanzielle Mittel bereitstellen müsse. Anschließend erläutert er den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion. Der Kauf der EVAK sei eine Investition in die Zukunft, auch wenn man beachten müsse, dass die EVAK zunächst die teurere Lösung sei. Abschließend bittet er um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Herr Busch (SPD) erklärt, dass sich die SPD beim Thema Jugendarbeit auf keinen Fall überhohen lassen wolle. Die SPD habe sich sehr genau und kritisch mit der Thematik befasst und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Jugendarbeit nicht durch sinnlose Ausgaben eingeschränkt werden dürfe. Bezüglich der Verwaltungsvorlage führt er aus, dass diese kaum Neues biete und große Teile darin nur im Konjunktiv formuliert seien. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei eine Jugendakademie nicht nötig. Der VJKA würde hier neue Überkapazitäten schaffen, wie sie es in vielen Teilen Deutschlands bereits geben würde. Er stellt ebenfalls deutlich heraus, dass die SPD-Fraktion die gute Arbeit des VJKA zu schätzen wisse. Anschließend verweist er auf Herrn Oberbürgermeister Grote, welcher die EVAK ebenfalls für ein Eurograb halten, und auf die Kreishandwerkerschaft, welche mit der ÜAS nicht in die EVAK umziehen wolle. Daneben sei die Lage der EVAK ungünstig, da diese eine schlechte Anbindung an den ÖPNV habe. Abschließend spricht er sich dafür aus, dass wenn es doch zum Kauf kommen sollte, sichergestellt werden müsse, dass der Zuschuss des Kreises nur für die vertraglichen Aufgaben genutzt werde und nicht für zusätzliche Aufgaben.

Herr Schnabel (FDP) führt aus, dass der Erwerb der EVAK seit zwei Jahren ein Anliegen seiner

Fraktion sei. Er begrüße es, dass es heute einen endgültigen Beschluss geben werde. Mit dem Kauf der EVAK investiere man viel Geld in die Zukunft des Kreises Segeberg, insbesondere im Bildungsbereich. Man müsse den Mut haben das bestehende Angebot zu erweitern, um auch in Zukunft die Wirtschaftlichkeit zu garantieren. Sparen sei zwar immer gut, man müsse jedoch wissen, wofür man spare und dieses Projekt sei ein solches, wofür man Geld investieren müsse. Man müsse bereit sein im Bildungsbereich Geld zu investieren, ähnlich wie man es im sozialen Bereich sei. Abschließend sichert er dem VJKA zu, dass man bereit sein werden, diesen in Zukunft positiv zu unterstützen.

Herr Hansen (B90/Die Grünen) erklärt, dass er den gemeinsamen Antrag von CDU- und FDP-Fraktion begrüße. Ihm fehle lediglich die Zustimmung der SPD-Fraktion, deren Ablehnung er nicht verstehen könne. Durch das Konjunkturpaket II ergebe sich aktuell eine sehr günstige Gelegenheit für den Erwerb der EVAK. Bezüglich des an der EVAK verbauten Asbestes führt er aus, dass dieser lediglich in den Außenplatten enthalten sei und so relativ leicht beseitigt werden könne. Die Mühle habe ihre Kapazitätsgrenze erreicht, besonders im Bereich der außerschulischen Bildung. Daneben könne auch der Nord-Ost-Kreis von dem Projekt profitieren. Außerdem seien für beide Objekte fast die gleichen Investitionen notwendig. In Bezug auf die Aussage der schlechten ÖPNV-Anbindung führt er aus, dass der Stadtbus bis auf 300 m an die EVAK heranfare und man somit nicht von einer schlechten oder fehlenden Anbindung sprechen könne. Die Mühle hätte zwar Charme, jedoch keine Perspektive.

Herr Lübbers (Die LINKE) erläutert, dass man mit dem Kauf der EVAK die Chance habe Geschichte zu schreiben. Er frage sich, wovor einige, die sich gegen die Kauf aussprechen, Angst hätten. Bei Entscheidungen, die die Zukunft betreffen, würde es immer Unwägbarkeiten geben. Anschließend zitiert er einen Artikel aus den Lübecker Nachrichten, in welchem die Landrätin gesagt habe, dass es in zwanzig bis dreißig Jahren wesentlich weniger Kinder im Kreis Segeberg geben würde. Diese sehe er nicht so eindeutig, denn die Statistik sage etwas anderes aus. Der Kreis Segeberg sei der Kreis mit den größten Wanderungsbewegungen. Die Entwicklung halte schon lange so an. Daher sei ein Ende der Jugendarbeit nicht abzusehen. Man solle heute die Weichen für die Zukunft stellen, daher spreche er sich dafür aus, heute gemeinsam eine mutige Entscheidung zu treffen.

Herr Mohr (CDU) erklärt, dass er bei der letzten Beratung dieses Themas noch gegen den Kauf gewesen sei. Nun sei dieses jedoch neu aufgearbeitet worden und man hätte ihn mit der Vorlage überzeugen können, dass der Ankauf der EVAK zukunftsweisend sei. Man habe heute eine geänderte Situation. Im Hauptausschuss habe die Landrätin darum gebeten ihr einen Verhandlungskorridor zu geben. Diesen werde sie heute bekommen. Ihm sei auch klar, dass durch den Ankauf der EVAK höhere Bau- und Erhaltungskosten auf den Kreis zukommen werden, jedoch habe man heute die Möglichkeit, dafür Mittel aus dem Konjunkturpaket II in Anspruch zu nehmen. Abschließend erklärt er, dass eine Weiterentwicklung der Jugendarbeit nur mit einer Erweiterung der Räumlichkeiten möglich sei. Auf Nachfrage von Herrn Ehlers, was ihn zur Änderung seiner Meinung gebracht habe, erklärt er, dass für den Ausbau der Mühle 2,4 Mio. Euro nötig sein, für die Sanierung der EVAK hingegen nur 2,2 Mio. Euro.

Herr Wilken (SPD) betont, dass die Kommunen im Kreis erhebliche Mittel in die Jugendarbeit investieren. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass Jugendarbeit nicht nur in Bad Segeberg stattfinde. Die SPD werde immer dafür einstehen Streichungen bei der Jugendarbeit zu verhindern. Die Jugendarbeit sei in der Mühle vorbildlich und die SPD habe die Zusage gegeben, die finanziellen Mittel für die nötigen Investitionen in die Mühle bereitzustellen. Vor dem Hintergrund des Schuldenstandes des Kreises werde die SPD dem Antrag der CDU- und FDP-Fraktion nicht zustimmen. Das Projekt enthalte erhebliche Risiken, so fehle ein Geschäftsmodell, welches auf seine Wirtschaftlichkeit prüfbar sei. Der Verein müsse geschützt werden und dürfe nicht durch erheblich höhere Kosten erdrückt werden. Daher werde die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Ehlers (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion für das Erweiterungskonzept des VJKA sei, jedoch sehe sie in dem Kauf der EVAK eine Gefahr für den Kreis und den Verein in Bezug auf

die finanzielle Belastung. Weiterhin führt es aus, dass dem Kreis das nötige Eigenkapital für den Kauf der EVAK fehle. Daneben kritisiert er, dass der Kreis für die Sanierung der EVAK einen großen Teil von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II entnehme, so dass andere Projekte dadurch nicht realisiert werden können, da für diese keine Mittel mehr vorhanden seien. Weiterhin erklärt er, dass man bei der Mühle die Möglichkeit habe nach und nach zu investieren, bei der EVAK sei man jedoch gezwungen sofort einen großen Betrag zu investieren. Abschließend stellt er den Antrag, den Beschluss zurückzustellen, bis die Prioritätenliste aufgestellt sei.

Herr Wulf (CDU) weist daraufhin, dass man heute eine völlig andere Basis für eine Entscheidung habe als bei der letzten Beratung zu dieser Thematik. Die Ausgaben für die Mühle seien sinnlos, da diese nicht entwicklungsfähig sei. Bezüglich des Energieverbrauches würde die Mühle ebenfalls deutlich über der EVAK liegen. Die SPD kritisiere, dass man in der EVAK Überkapazitäten schaffen wolle, gleichzeitig wolle die SPD die gleichen Überkapazitäten in der Mühle schaffen. Diese Haltung sei für ihn nicht nachvollziehbar. Weiterhin führt er aus, dass allein der Vergleich der Mieten für die EVAK spräche. In Bezug auf den Antrag von Herrn Ehlers erklärt er, dass der Kreistag heute einen Verteilungsschlüssel beschlossen habe und man somit nicht abwarten müsse.

Die Landrätin informiert, dass die Unterschutzstellung durch das Landesamt für Denkmalpflege in die Wege geleitet worden sei und es sei davon auszugehen, dass die EVAK in den nächsten zwei Monaten in das Denkmalsbuch eingetragen werde.

Anschließend stellt der Kreispräsident den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. Zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg ist das Grundstück mit den Gebäuden der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg, Marienstraße 31, von der Nordelbischen Kirche zu erwerben.
2. Nach Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung wird entschieden, ob der Kreis bzw. die Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg (ISE) oder der Verein für Jugend- und Kulturarbeit (VJKA) als Käufer auftreten.
3. Das Gelände der Mühle mit den darauf stehenden Gebäuden – jedoch ohne den Geländeteil für den Kreissportverband Segeberg – ist im Gegenzug zu verkaufen.
4. Die Landrätin wird beauftragt,
 - a) die Verhandlungen über den An- und Verkauf der Objekte sofort aufzunehmen und die Ergebnisse dem Hauptausschuss kurzfristig vorzulegen, damit die erforderlichen Kaufverträge sodann geschlossen werden können,
 - b) die notwendigen Maßnahmen zur Sanierung der außerschulischen Bildungsstätte Marienstraße 31 in den Bereichen Brandschutz, Haustechnik und Energieeinsparung sowie die Aufnahme in das Konjunkturprogramm II in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 42 Ablehnung: 15 Enthaltung: -

zu 17.3 Änderung der Vereinssatzung des VJKA Antrag der Fraktion Die LINKE Vorlage: DrS/2009/032

Der Kreistag beschließt nach kurzer Erläuterung durch den Kreispräsidenten ohne weitere Aus-

sprache über den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag ersucht den VJKA, § 6 (1) seiner Vereinssatzung im zweiten Satz zu ändern.

Er soll lauten: Jedes Mitglied hat eine Stimme mit Ausnahme des Kreises Segeberg, der so viele Stimmen wie Fraktionen hat.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 31 Enthaltung: -

zu 18 Jürgen-Fuhlendorf-Schule Bad Bramstedt: Vermögensauseinandersetzung im Rahmen des Schulträgerwechsels Vorlage: DrS/2009/034

Herr Schnabel (FDP) erläutert dem Kreistag den Antrag seiner Fraktion. Dabei bittet er darum anstelle der bisherigen Nr. 4 den Punkt „Eventuell anfallende Erschließungs- und/oder Anliegerbeiträge werden weder für die Vergangenheit, noch für die Zukunft vom Kreis Segeberg übernommen“ als neue Nr. 4 einzufügen und die alte Nr. 4 als Nr. 5 aufzunehmen und diesen Punkt neben der administrativen um politische Unterstützung zu ergänzen. Er führt aus, dass die bisherigen Verhandlungen sehr leidenschaftlich gewesen seien. Beide Verhandlungspartner müssten ihre Erwartungen herunterschrauben. Seiner Meinung nach solle man eine politische Entscheidung herbeiführen und keine gerichtliche. Er sei auch der Auffassung gewesen, dass dem Kreis die Summe von 900.000 Euro zustehen würde, jedoch mache es keinen Sinn auf die Zahlung zu bestehen, wenn man die Stadt später auf Grund dieser Forderung mit anderen Mitteln finanziell unterstützen müsse. Man müsse hier einen Kompromiss schließen. Abschließend bittet er darum dem vorliegenden Antrag mit seiner Ergänzung zuzustimmen, da dies die einzig mögliche Lösung sei.

Herr Wilken (SPD) erklärt, dass seit dem 01.08.08 fest stehe, dass die Trägerschaft der Jürgen-Fuhlendorf-Schule (JFS) auf die Stadt Bad Bramstedt übergehe, da weder die Stadt, noch der Kreis diesem widersprochen hätte. Der SPD-Fraktion sei schon früh klar gewesen, dass es einen fairen Interessenausgleich geben müsse und daher habe er für die SPD-Fraktion gefordert, dass kein finanzieller Ausgleich stattfindet. Er betont, dass die Schule durch den Trägerwechsel keinen Schaden nehmen dürfe. Er erwarte nun, dass nach einem Beschluss die vorhandenen Planungsunterlagen schnellstmöglich an den neuen Schulträger übergeben werden. Außerdem solle die Stadt selbst entscheiden, ob die Bewirtschaftung durch die GMSE erfolgen solle, oder ob die Stadt diese Aufgabe selbst übernehmen wolle.

Herr Curdt (B90/Die Grünen) führt aus, dass er irritiert sei, dass es in der CDU-Fraktion Vorbehalte gegen einen Übergang ohne finanziellen Ausgleich gebe. Er verweist darauf, dass man durch einen Kompromiss einen Prozess und die damit verbundenen Kosten einsparen könne. Daher solle man heute eine einvernehmliche Lösung finden.

Herr Dingeldein (CDU) betont, dass es die richtige Entscheidung gewesen sei, dass die Schule auf Bad Bramstedt übergehe, denn nun sei der Entscheidungsträger vor Ort. Anschließend verweist er auf das Schulgesetz, durch welches man erst in diese Situation gekommen sei. In Bezug auf die bisherigen Verhandlungen führt er aus, dass die Vorstellungen und Erwartungen sehr unterschiedlich gewesen seien und er die Befürchtung gehabt hätte, man würde zu keiner Lösung kommen. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der FDP-Fraktion folgen, bis auf Punkt 1 des Antrages. Der Kreis Segeberg sei auf die Zahlung von 900.000 Euro angewiesen. Man wolle Gerechtigkeit gegenüber den anderen Gemeinden. Daher werde man dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Behm (FDP) verweist zu Beginn auf die aktuelle Situation, die durch die Änderung des Schulgesetzes entstanden sei. Er sei froh und erleichtert darüber, dass heute ein Mehrheitsbe-

schluss möglich sei und die JFS „schlicht um schlicht“ auf Bad Bramstedt übergehe. Nach seinen Erkenntnissen sei die CDU in der Schulregion fassungslos über die Vorbehalte, die es in der Kreis CDU gegen einen Übergang „schlicht um schlicht“ ohne finanziellen Ausgleich gebe. Man könne keinem Schüler und auch keinem Elternteil verständlich erklären, warum der Kreis für den Übergang der Schule einen Ausgleich in Höhe von 900.000 Euro fordere. Abschließend bittet er darum, dass auch die CDU dem Kompromiss zustimme.

Frau Hauschildt (CDU) erklärt, dass die Stadt Bad Bramstedt bisher einen Vorteil gegenüber anderen Gemeinden gehabt habe, da der Kreis dort ein Gymnasium vorgehalten habe. Sie spreche sich dafür aus, dass die Darlehen für Investitionen mit auf die Stadt Bad Bramstedt übergehen.

In den weiteren Wortbeiträgen sprechen sich Herr Schroeder (FDP), Herr Hansen (B90/Die Grünen) und Herr Ehlers (SPD) dafür aus, heute einen Kompromiss zu finden, um einen Prozess zu vermeiden. Nach weiteren Wortmeldungen von Herrn Wulf (CDU) und Herrn Säker (SPD) stellt der Kreispräsident den Antrag der FDP-Fraktion mit der von Herrn Schnabel eingebrachten Änderung und mit zwei Ergänzungen des Kreispräsidenten zur Abstimmung. Der Kreistag verständigt sich darauf getrennt über die Ziffer 1 und 2 bis 7 abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreis Segeberg überträgt die Jürgen-Fuhlendorf-Schule auf den Schulverband Bad Bramstedt nach folgenden Bedingungen:

1. Die Schule (Gebäude und Grundstück) wird „schlicht um schlicht“ übertragen, es findet kein finanzieller Ausgleich statt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 33 Ablehnung: 19 Enthaltung: 1

2. Die notwendigen Investitionen zum sog. anerkannten Raumprogramm und einer evtl. zu errichtenden Mensa werden vom Schulverband durchgeführt.
Es erfolgt keine Finanzierung durch den Kreis.
3. Das mit der Schule verbundene Personal geht über in die Obhut des Schulverbands.
4. Eventuell anfallende Erschließungs- und/oder Anliegerbeiträge werden weder für die Vergangenheit, noch für die Zukunft vom Kreis Segeberg übernommen.
5. Der Kreis sichert dem Schulverband bei der Einwerbung von Fördermitteln für die unter Ziff. 2. genannten Baumaßnahmen politische und administrative Unterstützung zu.
6. Die baulichen Vorplanungen der GMSE im Wert von 10.000 Euro werden dem neuen Schulträger nach der Beschlussfassung im Kreistag unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
7. Der Vertragsentwurf ist entsprechend zu ergänzen. Der Kreistag beauftragt die Landrätin unverzüglich mit dem Schulverband den öffentlich-rechtlichen Vertrag zu schließen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 53 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 19 Befristete Abberufung einer Prüferin des RPA / GPA Vorlage: DrS/2009/021

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt: Die Ingenieurin Gudrun Lars, die mit Beschluss des Kreistages vom 05.07.2007 zur Prüferin des RPA / GPA bestellt wurde, wird befristet für die Dauer von drei Monaten von dieser Tätigkeit abberufen und dem Fachdienst Bauaufsicht / Geschäftsstelle Gutachterausschuss zur Dienstleistung zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 57 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 20 Übertragung der Aufgabe "Stilllegung von Kraftfahrzeugen und Anhängern wegen Nichteinhaltung von Halterpflichten"
Vorlage: DrS/2009/030**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt: Die Landrätin wird beauftragt, die Aufgabe „Stilllegung von Kraftfahrzeugen und Anhängern wegen Nichteinhaltung von Halterpflichten“ auf Basis des beigefügten Vertragsentwurfs auf die Städte, Ämter und Gemeinden zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 54 Ablehnung: 1 Enthaltung: -

zu 21 Beteiligung des Kreises am Sozialhaus in Bad Segeberg

Die Landrätin erläutert dem Kreistag zunächst den aktuellen Sachstand und erklärt, dass es zum 01.04.09 Handlungsbedarf gebe, um das Projekt weiterentwickeln zu können. Daher sei es nötig eine Patronatserklärung für dieses Projekt abzugeben, mit welcher man dem Projekt über die Mietdauer von 12 Jahre eine Unterstützung bei der monatlichen Miete von 3.000 Euro zusichere.

Der Kreispräsident erklärt anschließend, dass es zu dieser Thematik heute keine Sachdiskussion geben solle, sondern dieses Thema dem Hauptausschuss übertragen werden solle. Nach einer kurzen anschließenden Diskussion stellt der Kreispräsident einen Beschlussvorschlag, um das Thema an den Hauptausschuss zu verweisen, zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag überträgt auf den Hauptausschuss die Befugnis, die Beteiligung des Kreises am Sozialhaus Bad Segeberg abweichend von seinem Beschluss vom Dezember 2008 zu regeln.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 55 Ablehnung: 1 Enthaltung: -

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Winfried Zylka
(Kreispräsident)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)